

# Schäuble legt Eckpunkte für ein neues Bleiberecht vor

## Langjährig geduldete Ausländer müssen mindestens schon acht Jahre in Deutschland leben. Nichtintegrierte werden konsequent abgeschoben.

Von Martin Lutz

Berlin - Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) will langjährig geduldeten Ausländern, die "faktisch wirtschaftlich und sozial integriert sind", ein Bleiberecht in Deutschland gewähren. Das steht in einem Ministeriumspapier mit dem Titel "Eckpunkte für ein Bleiberecht", das der WELT vorliegt. Danach soll ein Bleiberecht erhalten, wer sich "seit mindestens acht Jahren ununterbrochen im Bundesgebiet" aufhält, in einem "dauerhaften Beschäftigungsverhältnis" steht und den "Lebensunterhalt der Familie" sichern kann. Ausländer, die mindestens ein minderjähriges Kind haben, das den Kindergarten oder die Schule besucht, müssen "seit mindestens sechs Jahren" permanent in Deutschland leben. Das Konzept des Innenministeriums sieht vor, dass der tatsächliche Schulbesuch aller Kinder im schulpflichtigen Alter durch die Vorlage von Zeugnissen nachgewiesen werden muss. Außerdem sollen "alle einbezogenen Personen bis zum 30. September 2007 über ausreichende Deutschkenntnisse" verfügen.

Die neue Bleiberechtsregelung ist Hauptthema der Innenministerkonferenz (IMK) von Bund und Ländern am 16./17. November in Nürnberg. Nach den Vorstellungen des Bundesinnenministeriums können die Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis innerhalb von sechs Monaten ab dem Beschluss der IMK gestellt werden. Die Aufenthaltserlaubnis soll zunächst auf maximal zwei Jahre befristet werden, anschließend können sie die Behörden verlängern. Wie groß die Zahl der Begünstigten sein wird, hängt vom Stichtag ab. Insgesamt gibt es 186 000 langjährig Geduldete, von denen 100 000 vor dem 1. Januar 2000 nach Deutschland gekommen sind.

"Der Aufenthalt von Ausländern, die nach dieser Regelung keine Aufenthaltserlaubnis erhalten können, muss konsequent beendet werden", heißt es in dem Papier. Die Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern soll durch geeignete Maßnahmen verbessert werden, und "praktische Hindernisse der Abschiebung insbesondere von Straftätern" sollen "soweit möglich beseitigt werden". Nicht integrierten Ausreisepflichtigen dürften "keinerlei Anreize für den weiteren Verbleib in Deutschland aus der Nutzung der Leistungssysteme gegeben werden", heißt es in dem Vier-Seiten-Papier.

Ausgeschlossen vom neuen Bleiberecht werden soll, wer Ausländerbehörden vorsätzlich über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände täuscht sowie behördliche Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung hinauszögert oder behindert. Ferner zählen dazu Verurteilungen wegen vorsätzlich begangener Straftaten sowie Bezüge zu Extremismus und Terrorismus.

Der Entwurf für eine neue Bleiberechtsregelung enthält eine Reihe von Ausnahmen. Diese können zugelassen werden bei Auszubildenden in anerkannten Lehrberufen, bei Pflegebedürftigen, bei Alleinerziehenden mit Kindern, die vorübergehend auf Sozialleistungen angewiesen sind und denen eine Arbeitsaufnahme nicht zumutbar ist. Ausnahmen sind auch für Menschen möglich, die nach dem Beschluss der neuen Regelung das 65. Lebensjahr vollendet und in ihrem Herkunftsland keine Familie haben, dafür aber in Deutschland Angehörige wie Kinder oder Enkel mit dauerhaftem Aufenthalt oder deutschem Pass. Sichergestellt sein soll dann aber, dass sie keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

Einige Punkte sind mit dem Koalitionspartner SPD noch strittig. Während die Union nur eine Bleiberechtsregelung für die Vergangenheit will, fordern Sozialdemokraten diese auch für zukünftige Fälle. Zudem konnten sich Schäuble und Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) bei einem Spitzengespräch in der vorigen Woche noch nicht über die Zulassung zum Arbeitsmarkt einigen. Während Schäuble langjährig geduldeten Ausländern einen grundsätzlichen Zugang gewähren will, ist Müntefering restriktiver. Mit ihm ist nur eine "einmalige Altfallregelung" zu machen, die "für den deutschen Arbeitsmarkt verkraftbar ist". Beide versicherten, sie wollten bis zur Innenministerkonferenz einen Kompromiss finden.

Artikel erschienen am 06.11.2006 in der Welt